

Auch für den Jubilar ein schier unglaublich hohes Alter

INGA LÄUTER | PFORZHEIM

Gesundheitlich hat sich Josef Schöneker wirklich gut gehalten, könnte man sagen. Seine Augen wollen nicht mehr recht, und ein wenig lauter muss man mit ihm sprechen. Aber ansonsten, und da lacht er, könne er sich für einen, der heute seinen 100. Geburtstag feiert, nicht beschweren.

Der einstige Seiler, der im Sudetenland geboren wurde, kam 1958 nach Pforzheim. Aus seiner Heimat war er vertrieben wor-



Gut gelaunt: Josef Schöneker freut sich auf die heutige Feier seines 100. Geburtstags. FOTO: LÄUTER

den. „Es ist schlecht, wenn man ein ganzes Haus zurücklassen muss. Da ist man auf einen Schlag arm“, erzählt er etwas nostalgisch. „Dass ich mal 100 Jahre alt werde, Jesses, nein, das hätte ich wirklich nicht gedacht“, sagt er im Kreise seiner Heim-Mitbewohner bei Kaffee und Kuchen sitzend.

Frühe Verluste

Drei Brüder hatte er, zwei von ihnen verlor er früh im Zweiten Weltkrieg. Den einen an der französischen Front, den anderen in Russland. Er selbst machte den Frankreich-Feldzug mit. Der dritte Bruder lebt heute in Bayern. „Aber seine Frau ist auch schon gestorben, jetzt ist er auch alleine“, sagt Schöneker und kommt damit zu seinen Frauen. Zweimal war er verheiratet, beide Frauen sind lange schon gegangen. Die Tage verbringt er nun meist allein im Zimmer, hört Radio, auf dem Fernseher erkennt er nur noch wenig.

„Wenn ich raus möchte, dann brauche ich ja immer eine Begleitung, ich sehe ja kaum etwas“, sagt er. Und die Pfleger, die hätten ja heutzutage keine Zeit mehr für nichts. Trotzdem müsse man zufrieden sein, davon ist er überzeugt.

Schüler sammeln für Naturschutz-Projekte

PFORZHEIM. Die landesweite Haus- und Straßensammlung der Deutschen Umwelthilfe findet vom 28. März bis zum 6. April statt. Vor Ort organisiert das Naturschutzzentrum Pforzheim des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Sammlung.

Auch in diesem Jahr ziehen wieder etliche engagierte Schüler aus zahlreichen Schulen los. Zu erkennen sind die Sammler an der besonders gekennzeichneten Sammelbüchse und einem entsprechenden Ausweis. Der Erlös der Sammlung wird zielgerichtet

in Projekten in der Region eingesetzt. So initiiert der BUND beispielsweise Artenschutz- und Klimaschutzprojekte, unterstützt mit seinem Apfelsaft-Projekt den Erhalt der heimischen Streuobstwiesen und engagiert sich in der Natur- und Umweltbildung.

Die Spender tragen laut Regine Einfeld, Geschäftsführerin des Naturschutz-Zentrums, zum Erhalt der Kultur- und Naturlandschaft und vieler bedrohter Tier- und Pflanzenarten bei und gewährleisten damit nachhaltige Umwelt- und Naturschutzarbeit. *pm*

SPD-Stadtrat will Ausweitung der Grabungen

PFORZHEIM. In seiner Eigenschaft als Hobby-Archäologe und langjähriger ehrenamtlicher Helfer des Landesdenkmalamts hat sich SPD-Stadtrat Jens Kück an seinen Parteifreund, Oberbürgermeister Gert Hager.

Er bittet darum, bei den in den kommenden Jahren anstehenden Grabungsarbeiten im Zuge der Baumaßnahmen in der City auch ältere Kulturschichten als das Mittelalter zu berücksichtigen. „Es wäre nicht korrekt, den Denkmalschutz in Pforzheim lediglich auf die Zeit von der Romanik bis zu den 1950er-Jahren zu verkürzen“, sagt Jens Kück.

Inzwischen wisse man, dass die Kelten schon seit dem sechsten Jahrhundert vor Christus im Großraum Pforzheim gesiedelt, gejagt und gewirtschaftet haben. Zum Beispiel sei die bedeutsame Erzwinnung und Eisenverhüttung nahe Pforzheim in Neuenbürg aufgeführt. Der Keltenfürst von Hochdorf habe nachweislich im Hagenschloß gejagt.

Mobile Römer

Durch die Büste von Kaiser Domitian im Kappelhof-Museum aus dem ersten Jahrhundert nach Christus sei die Bedeutung der Römer auch für Pforzheim unterstrichen worden. Kelten wie Römer waren schon damals

sehr mobil, auf dem Lande wie auf dem Wasser. Zwangsläufig haben sich seit den vorchristlichen Jahrhunderten Kelten über die heutige Pforzheimer Gemarkung von Neuenbürg nach Osten bewegt. Die Römer transportierten ihre Waren und Waffen von Straßburg aus durch Pforzheim (Portus) an den Limes. Konkret heiße das, dass die vorgesehenen Grabarbeiten in der City – aber auch daran anschließend – nicht bei der Kulturschicht der nachgewiesenen mittelalterlichen Klosteranlagen aufhören sollten. Auf jeden Fall müsse tiefer gegraben werden, um in mögliche römische Horizonte zu gelangen.

Gräber beim Bahnhof

Schon bei den Grabungen für Entwässerungsarbeiten der ESP im Enzvorland bei der Römerfurt hatte sich Kück angeboten, die Baggerarbeiten ehrenamtlich archäologisch zu begleiten. „Leider wurde es versäumt, mich zu benachrichtigen, so dass ich einen Tag zu spät auf die Baustelle bei der Altstadt Kirche kam.“ Auf seine Nachfrage beim Baggerführer habe dieser „jede Menge Scherben“ ausgebagert und dabei zerstört. Aber selbst einen Tag später fand Kück im Aushub auf Anlieh römische Scherben.

In Pforzheim müsse es zwischen Bahnhof und der nachgewiesenen Siedlung bei der Altstadt Kirche eine Straße geben haben. Auch Grabdenkmäler könne man möglicherweise zwischen Bahnhof und Inselfschulen/Altstädter Kirche finden. *pm*



Jens Kück

Synode steht zu Quincke

- Evangelisches Gremium stellt sich hinter Rede der Dekanin am 23. Februar.
- Einhelliges Signal: Manche Kritiker hätten sich diffamierend geäußert.

PFORZHEIM

Die Ereignisse am 23. Februar und die Rede der evangelischen Dekanin Christiane Quincke bei einer Kundgebung gegen die sogenannte Fackel-„Mahnwache“ Rechtsextremer hat kontroverse Diskussionen ausgelöst. Mitglieder der Synode haben deshalb einen offenen Brief verfasst, den alle 70 Teilnehmer der Synode unterzeichnet haben. Da dies in der jüngeren Geschichte der evangelischen Kirche in Pforzheim ein wohl einmaliges Zeichen der Solidarität ist, veröffentlicht die „Pforzheimer Zeitung“ nachfolgend die Stellungnahme im Wortlaut.

Die Haltung der Stadtsynode

„Der Gedenk- und Mahntag 23. Februar in Pforzheim“ wird nach wie vor insbesondere durch die von Neonazis abgehaltene sogenannte „Fackel-Mahnwache“ auf dem Wartberg in unerträglicher Art und Weise entwürdigt und instrumentalisiert. Es besteht ein großer gesellschaftlicher Konsens über alle parteipolitischen Grenzen hinweg sowie unter allen demokratischen Gruppierungen, Vereinen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, dass der Gedenktag 23. Februar in Pforzheim dem friedlichen und gewaltfreien Erinnern dienen soll, in dem nicht zuletzt ein deutliches Zeichen für Toleranz, Vielfalt und ein friedliches Zusammenleben in Pforzheim gesetzt wird.

Besondere Beachtung fand die Rede der Dekanin der evangelischen Kirche in Pforzheim, Christiane Quincke, die sie am 23. Februar bei der gemeinsam von der „Initiative gegen Rechts“ und dem DGB verantworteten Kundgebung auf dem Hauptgüterbahnhof gehalten hat.

Bereits im Vorfeld wurden alle Synodalen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber informiert, dass die Dekanin als Hauptrednerin dort auftreten wird. Sie tat das ausdrücklich als Vertreterin der evangelischen Kirche, die für Versöhnung und das Zusammenkommen über Gräben hinweg steht, ganz in der Tradition der Nagelkreuzbewegung.

Seitens der Veranstalter wurde ihr zugesichert und auch eingehalten,



Wirkt nach: Christiane Quinckes Rede am Gedenktag.

FOTO: KETTERL/PZ-ARCHIV

- dass der Gedenkcharakter des 23. Februar nicht angetastet wird.
- dass alle Aktivitäten gewaltfrei geschehen, soweit die „Initiative gegen Rechts“ darauf Einfluss hat.
- dass die verschiedenen friedlichen Protestformen, die es in der Stadt gibt, gleichwertig sind.

Der Redebeitrag selbst, der in schriftlicher Form allen Interessierten zugänglich gemacht wurde und wird, wurde in seiner gesellschaftspolitischen, ethischen und theologischen Differenziertheit von vielen Hörern ausdrücklich gewürdigt und gelobt, leider aber auch von einigen Kritikern nicht ausgewogen rezipiert. Unabhängig von der demokratisch-rechtsstaatlich garantierten Meinungsfreiheit kam es dabei zu gewollten oder tolerierten Unterstellungen und Falschaussagen sowie zu persönlichen Diffamierungen. Diesen sowie dem möglichen Eindruck, es handle sich bei den öffentlichen Redebeiträgen der Dekanin womöglich um eine lediglich persönliche Privatposition, die ansonsten durch Kolleginnen, Kollegen und ehrenamtlichen Mitarbeitern im Kirchenbezirk nicht mitgetragen werden, möchten wir ausdrücklich entgegengetreten.

In diese Kategorie von Unterstellungen und Falschaussagen gehören beispielsweise

- der Satz, die Dekanin habe sich vor den Karren linker Krawallmacher spannen lassen.
- die Falschaussage, die Dekanin habe einseitig negative Bewertungen von rechten und positive Bewertungen von linken Extremisten abgegeben.
- die Unterstellung, die Dekanin hätte die Zerstörung Pforzheims am 23. Februar 1945 angesichts der deutschen Kriegsschuld als gerecht eingestuft.

Weitere Beispiele wären uns schwer zu ergänzen.

Wer jedoch den Wortlaut der Rede tatsächlich zur Hand nimmt und gründlich liest, der erhält ein gänzlich anderes Bild. Dort ist angesichts der Kriegsopfer ausdrücklich etwa von „unschuldigen Kindern“ die Rede sowie davon, dass keine Bombardierung auf Zivilbevölkerung gerechtfertigt werden solle – es gehe ums Verstehen und damit um die Überwindung von Mauern zwischen Menschen und einem glaubwürdigen Friedensbeitrag. Dort ist ausdrücklich von Gewaltfreiheit die Rede; davon, dass Bürgerliche wie Linke, Junge wie Alte, quer durch alle Nationen, Parteien und Religionen die Instrumentalisierung der Zerstörung von Pforzheim durch die Nazis nicht zulassen sollten.

Unsere Stellungnahme soll und will ebenfalls nichts anderes als „Brückenbauen“ sowie um gegenseitiges Verstehen und Toleranz werben.

Sie soll und will aber auch bewusst öffentlich sein: Der Ton, der von einigen Kritikern angeschlagen wurde und möglicherweise noch wird, ist einerseits der Sache des 23. Februars unangemessen und diffamiert andererseits Person und Amt der Dekanin in teils unerträglicher Weise. Bei dem wollen wir entschieden entgegengetreten.“ *erb/pm*

i

Die vollständige Rede der Dekanin auf der Kundgebung „Flagge zeigen – Pforzheim nazifrei“ sowie der vollständige Wortlaut dieser Stellungnahme kann per E-Mail an dekanat@evkirche-pf.de formlos angefordert werden.

Schaaf verlässt Naturfreunde

PFORZHEIM. Bei der Einladung zur Mitgliederversammlung hatte der Vorsitzende Jens Kück Anfang des Jahres mit Anton Schaaf noch einen Stellvertreter in der Ortsgruppe der Naturfreunde. Der ist ihm jetzt abhanden gekommen. Aus beruflichen Gründen habe der Vizechef sein Amt niedergelegt, weil er seinen Arbeitsschwerpunkt in Berlin und im Ausland haben werde, teilte Kück gestern mit. Auf PZ-Nachfrage bestätigte der



Anton Schaaf

Ehemann von Sozialbürgermeisterin Monika Müller und frühere SPD-Bundestagsabgeordnete, dass er beruflich neue Wege geht. Noch sei nichts spruchreif, da die endgültigen Entscheidungen im April getroffen würden. Jedoch werde er weiter politisch tätig sein, in den Bereichen Projektarbeit und Politikberatung. Wie in seiner Zeit im Bundestag, werde er sich mit den Themen Arbeitsmarkt und Interessenvertretung für Arbeitnehmer befassen. Dies ermögliche es ihm, regelmäßig in Berlin und bei seiner Familie in Pforzheim zu sein. Allerdings stünden auch Auslandsreisen an. So werde er in wenigen Tagen erneut für eine Woche als Berater nach Vietnam reisen. Auf absehbare Zeit sei es ihm nicht möglich, konstruktiv im Verein mitzuwirken.

Die Naturfreunde wollen am Freitag, 28. März, 19.30 Uhr, in der Lettenbrunnen-Hütte einen kommissarischen Stellvertreter wählen. Er wird seine Amtsgeschäfte bis März 2015 führen. „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Wir werden die gute Entwicklung unserer Ortsgruppe fortführen und auch über ein erweitertes Angebot nachdenken“, so Kück. Laut Schaaf gibt es einen Nachfolger, der in diesem Amt sein Vorgänger war: Arthur Wolf. *erb/pm*

Korrektur

Die in der gestrigen Berichterstattung zum „Side-by-side“-Jugendorchesterprojekt am Stadttheater erwähnte Sängerin Marielouise Mürle-Thür war irrtümlich als eine der Gewinnerinnen des „Side-by-Side“-Castings für 2014 bezeichnet worden. Sie hatte das Casting allerdings bereits vor zwei Jahren gewonnen und deswegen dieses Mal als Gast dabei. *pz*

Vorkaufsrecht der Stadt kennt kaum Grenzen

Rathaus darf nach Einschätzung von Ex-Notariatsdirektor Franz Lingenfeller in City-Ost auch mit Investor agieren

MAREK KLIMANSKI | PFORZHEIM

Dass die Stadt Pforzheim sich vom Gemeinderat ein besonderes Vorkaufsrecht für alle Häuser und Grundstücke im Bereich der Innenstadt Ost absegnen lassen will, um dort ihre Planungen zu sichern, ist politisch umstritten. Es stößt bei FDP, der Fraktionsgemeinschaft Freier Wähler, Unabhängiger Bürger und LBBH, bei Grüner Liste sowie bei Hauseigen-



Franz Lingenfeller

tümern auf Kritik. Aber die Vorgehensweise ist in vollem Umfang zulässig. Zu dieser Auffassung kommt auf Nachfrage der PZ der langjährige frühere Pforzheimer Notariatsdirektor und heutige Rechtsanwalt Professor Franz Lin-



Die Stadt hat Großes vor in der östlichen City. Im Modell ist das schon zu sehen.

genfeller. Kritiker hatten beklagt, dass die Ausübung dieses im Baugesetzbuch vorgesehenen Vorkaufsrechts einer Teileigentung gleichkomme, weil die Stadt die Möglichkeit habe, als Käufer den Verkehrswert als Höchstpreis festzulegen. Somit entgehe dem Verkäufer ein möglicher höherer

Kaufpreis bei einem freien Verkauf. Er könne dann höchstens von einem Verkauf absehen. Weiterhin war moniert worden, dass Baubürgermeister Alexander Uhlig in der jüngsten Bauausschusssitzung gesagt hatte, mit dem Vorkaufsrecht die Anregung eines Investors aufzugreifen. Dies habe ein „G’schmäckle“, fanden Kritiker, weil sich so ein finanzstarker Anleger möglicherweise einen günstigen Preis sichere.

An Uhligs Aussage sei nichts Problematisches zu finden, erklärte demgegenüber Jurist Lingenfeller. Denn das Vorkaufsrecht der Stadt sehe ausdrücklich vor, dass die Kommune dieses Recht für einen Investor ausübt. Voraussetzung sei allerdings, dass dieser Investor als Entwicklungsträger im Auftrag der Stadt die städteplanerischen Ziele umsetzt und dass es sich beim Investor nicht um ein Bauunternehmen handelt. Nach

Lingenfellers Auffassung scheiden damit die stadteigene „Stadt-bau“ und die Arbeitsgemeinschaft Pforzheimer Wohnungsbauunternehmen als mögliche Käufer im Rahmen des Vorkaufsrechts aus.

Ohnedies stehe einer Kommune ganz generell ein Vorkaufsrecht zu, ohne dass sie dies wie im vorliegenden Fall für ein städtebaulich definiertes Gebiet besonders erlassen müsse. Möglicherweise habe die Stadt durch den eingeschlagenen Weg zeigen wollen, wie wichtig ihr das ist. Was die Preisgestaltung angeht, hat die Stadt auch die Möglichkeit, anstelle des Verkehrswerts den mit einem anderen Käufer ausgehandelten Kaufpreis zu bezahlen, wenn sie ihr Vorkaufsrecht wahrnimmt. Damit würde die Kommune unter Umständen günstiger fahren: „Der Marktwert einer Immobilie liegt häufig unter dem Verkehrswert.“